

**Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

**Badische Presse. 1890-1944**  
**1922**

579 (14.12.1922) Mittagausgabe

**Bezugs-Vorteile:**  
In Karlsruhe: Am Verlage und in den Zweigstellen abgedruckt monatlich 4.650.—, jetzt ins Haus geliefert 4.650.—.  
Auswärts: Von unseren Agenturen bezogen 4.650.— Durch die Post eingesandt 4.650.—. Durch die Post einzeln 4.650.—. Geringenummer bis 4 Seiten M. 15.—, über 4 Seiten M. 20.—.

**Anzeigen:**  
Die Invalide Nonpareille M. 63.— und Standard M. 80.—. Städteanzeiger und Sonderblätter M. 40.—. Die Metzgerzeitung M. 20.— auf 1 Seite M. 30.—. Bei Wiederholung vorläufiger Abdruck der Nichteinholung des Hefts, bei gewöhnlicher Verbreitung und Konturen saher Kraft tritt, daß für Warenkästen und Zog der Aufnahme keine Gewähr übernommen werden. Am Fall höherer Gewalt hat der Verleger keine Ansprüche bei verschärften oder Nichterscheinen der Zeitung.

# Badische Presse

und

Nene Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitete Zeitung Badens

Beilagen: Exerktblatt / Technik u. Industrie / Frankenzeitung / Steuer-Kundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Kult. u. Heimat

Eigentum und Verlag von

Verl. Dr. Schreiber.

Geschäftsführer:  
Dr. Walther Schreiber.  
Verantwortliche Redakteure:  
Für Politik und Wirtschaftspolitik: Dr. W. Schreiber; für die Handelszeitung und „V. für Wissenschaft u. Unterhaltung: Dr. H. Dröse; für Theater, Musik und Kunst: A. Rudolph; für lokale Angelegenheiten und Sport: R. Böldner; für die Anzeigen: A. Niederbacher, alle in Karlsruhe.

Berliner Redaktion: Dr. Kurt Meier.

Geschäftsführer: Sitz: Berlin, 88. Redaktion: Nr. 309 und 312. Sitzel- und Lammstraße-Ecke, nächst Kärtnerstraße und Martinistraße. Postleitzahl-Konto: Karlsruhe Nr. 2352.

## Der Kampf um die Minderheiten in Lausanne.

### Jemed Paschas Forderungen.

II. Lausanne, 13. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Heute tagte die erste Kommission. Ismed Pascha gab eine Erklärung auf die Frage der Minderheiten. Er verlangt für die Türken, die Griechenland verlassen, volle Entschädigung für ihren zurückgelassenen Grundbesitz. Ismed versprach, dem Plan einer armenischen Heimstätte zuzustimmen, vertrug den Armeniern volle Amnestie, weil die türkische Regierung wünschte, daß auch die Armenier als friedliches Volk der Türkei angehören sollten. Die Schaffung einer internationalen Kontrollkommission zur Bewahrung der Minderheiten müsse jedoch die Türkei als eine Verleihung der Souveränität ablehnen. Auch die Forderung, daß die Militärrätschaften der Minderheiten sich vor der Dienstpflicht loslaufen können, lehnte Ismed Pascha ab, weil es unmöglich sei, eine solche Forderung in irgend einem anderen Lande der Welt durchzuführen. Der griechische Delegierte Venizelos brachte, daß der Austausch der Bevölkerung ein griechischer Plan sei, und stob die Schulz auf Dr. Nanian. Venizelos schlug vor, daß man überhaupt von jedem Austausch absiehen soll. Auf diesen Vorschlag ging jedoch Ismed Pascha nicht ein. Griechenland erklärte sich bereit, Privatschadenzatz an die Türken zu zahlen, aber nur unter der Bedingung der Gegenseitigkeit. Darauf hieß Lord Curzon eine lange Rede, in der er zum großen Teil die gleichen Argumente vorbrachte wie gestern. Er beschwore die türkische Delegation, in der Frage der Minderheiten Konzessionen zu machen, da sonst England die Konferenz abbrechen müsse. Besonders die Lage der Armenier beschäftigte das Gewissen aller Völker. Die Türken haben eine armenische Bevölkerung von 3 Millionen Menschen aus 130.000 reduziert. Das verlangt eine Sühne. Die Aussicht über die Minderheiten müsse unbedingt der Völkerbund übernehmen, wie dies schon bei anderen Staaten in Europa der Fall sei. Man könne nicht weiter verhandeln, wenn die Türken in der Frage der Garantien einen Vorschlag gegen ihre Oberhoheit seien. Zum Schluss verlangte Ismed Pascha Vendôme, ehe er eine endgültige Antwort gebe. Lord Curzon wollte aber keinen langen Aufschub gewähren und verlangte, daß Ismed Pascha morgen eine Entscheidung falle. Lord Curzon betonte, daß er im Namen von Frankreich, England und Italien spreche. Nach Schulz der Sitzung hatte der amerikanische Beobachter Childe mit Ismed Pascha eine lange Besprechung. Childe erklärte, daß die Türkei in der Frage der Minderheiten Konzessionen machen müsse, doch würden der Türkei auf anderen Gebieten Konzessionen gemacht werden.

Am Abend hatte unser Lausanner Berichterstatter mit Ismed Pascha eine Unterredung, der ihm erklärte: „Wir glauben, daß England in der Frage der Minderheiten eine Hintertüre offen hält, um alle Schuld von sich abzuwenden, falls die Verhandlungen hier scheitern sollten. Wir haben in keinem Falle die Absicht, Lausanne ohne Frieden zu verlassen, aber wir wollen jetzt unter keiner Bedingung in den Völkerbund eintreten, weil wir durch diesen Einstieg das jehige Regime der Regierungen in Palästina und Mossul anerkennen würden. Wenn in Lausanne der Frieden geschlossen wird, werden wir in den Völkerbund eintreten, aber früher nicht.“ Die russische Delegation erklärte, daß wahrscheinlich England und die Türkei unter einer Decke stehen, um sich dadurch in der Frage der Minderheiten und der Petroleumfelder von Mossul gegenseitig Konzessionen zu machen.

### Thrazien soll Pufferstaat werden.

II. Lausanne, 14. Dez. (Drahtbericht.) Die in Lausanne hat anmelende Abordnung der Flüchtlinge aus Thrazien hat der Konferenz eine Note überreicht, in der sie die Unabhängigkeit Thraziens verlannt und vorschlägt, Thrazien als Pufferstaat zwischen Bulgarien, der Türkei und Griechenland unter den Schutz des Völkerbundes zu stellen.

### Eine Blankovollmacht für Poincaré

II. Paris, 13. Dez. (Eig. Drahtbericht.) Dem „Journal“ folge wird Poincaré in der Feiertagsitzung der Kammer nicht erst die Interpellationsdebatte abwarten, sondern die Sitzung mit einer Antrittsrede eröffnen, in der er über die Londoner Ministerberatungen und seine erzielten Erfolge berichten wird. Er wird sich dabei auf das beschränken, was er für nützlich hält, und sich zu seinen weiteren Mitteilungen verleiden lassen. Insbesondere wird Poincaré darüber sagen, was in den letzten Tagen zwischen dem 2. und 15. Januar zu erwarten ist, erstens weil es notwendig sei, Deutschland im Unklaren über die Schritte zu lassen, die unternommen werden sollen, zweitens weil diese Schritte veränderlich sind, die nach dem Stande der Ministerpräsidentenberatungen, sowie der Englischeschung über die Zahlungen für 1923 getroffen werden sollen. Möglicherweise wird Frankreich diese Entscheidung gar nicht abwarten, sondern schon vorher Maßnahmen ergreifen, die es für notwendig hält. In diesem Falle würde schon jetzt mit neuen Ereignissen vor dem 15. Januar zu rechnen sein. Poincaré wird am Freitag in der Lage sein, auf die Erklärungen Bonar Laws über die Kriegsentschädigung, die morgen im englischen Unterhaus abgegeben werden soll, zu entgegnen. Es wird erklärt, daß die Haltung der englischen Regierung in dieser Frage sehr wertvoll sei, weil die Möglichkeit einer Streichung der Kriegsentschädigung auch ohne Beteiligung Amerikas an einer solchen Lösung in Aussicht stehe. Es sind auch Übereinkünfte nicht ausgeschlossen. In jedem Falle wird Poincaré in der Frage der Reparationen und der Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland vom Parlament sowohl wie von den alliierten Regierungen Blankovollmacht verlangen.

### Der Senat.

II. Paris, 13. Dez. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Nach einer Mitteilung, die heute in den Wandelgängen des Senats verbreitet wurde, herrsche in der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten Einigkeit darüber, daß zunächst eine Verständigung mit den Alliierten gefunden werden müsse. Nur für den Fall, daß sich eine Verständigung als unmöglich erweist, soll zu einer weiteren Besetzung des Ruhrgebietes bezüglich materiellen Ausbeutung des besetzten Gebietes geschritten werden.

### Die Liberte gegen Poincaré.

„Seine Poincaré spielt um seinen Kopf.“

II. Paris, 14. Dez. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Über die weitere Haltung Frankreichs und die Stellung der Parteien zu Poincaré hat der gestrige Tag noch keine Entscheidung gebracht. Sie war auch nicht zu erwarten. Indess ist zweierlei zu beachten, erstens daß Poincaré nach seiner Rückkehr und nach seinem Abendbesuch im Café plötzlich und gegen seine ursprüngliche Absicht die Pariser Presse zusammenrief, um Erklärungen für die Delegation abzugeben; zweitens, daß er gewisse Erklärungen und die überzufaschende Aeußerung tat, er habe in London nichts gesagt von der Besetzung des Ruhrgebietes; er habe überhaupt keine bestimmten Pläne genannt, die er ergreifen wolle; er wolle auch nicht sagen, welche Schritte er gegen Deutschland zu unternehmen gedenkt. Poincarés Aeußerungen deuten darauf hin, daß Grund zur Vorsicht vorliegt. Inzwischen ist offiziell bestätigt worden, daß Poincaré am Freitag vor der Interpellationsdebatte das Wort ergreifen wird, womit die diplomatische Verschwörungheit, die er trotz seiner vielen Erklärungen nicht durchbrochen hat, ein fehlloses Ende finden wird. Allerdings sagen die Betreuer der Regierung, so schreibt der politische Mitarbeiter des „Intransigent“, daß Poincaré keinen politischen Plan vorläufig überhaupt nicht bekannt geben werde. Ob aber die Kammer das Geheimnis respellieren wird? In den Wandelgängen herrsche gestern eine nicht geringe Aufregung, und es ist nicht ganz bedeutungslos, wenn ein so regungsstrommes Blatt wie der „Petit Parisien“ erzählt, daß momentan die Herren Briand und Doumer große Gruppen von Abgeordneten um sich versammeln hätten. In der Kammer wird Leo Daudet eine Interpellation darüber einbringen, warum die Ergreifung der Väter gegen Deutschland vertragt worden sei. Man nimmt an, daß auch Lardieu in der Interpellationsdebatte das Wort ergreifen wird. Die Pariser Presse ist im allgemeinen zufrieden, um der Regierung offenbar keine Schwierigkeiten zu bereiten. Eine Ausnahme macht aber heute die „Liberté“, die einen Artikel veröffentlicht unter der Überschrift „Herr Poincaré spielt um seinen Kopf“. Darin heißt es, vor einem Jahre habe Briand für lange Zeit, wenn nicht für immer seine Laufbahn als Regierungshelfer beschlossen, weil er den Beweis der Unfähigkeit zu handeln erbracht hatte. Poincaré seinerseits läuft Gefahr, für immer in das Schattenreich einzutreten, wenn er ebenso wie seine Vorgänger sich als unsfähig zeige, von Worten zum Handeln überzugehen. Das französische Volk hat die Versprechungen und Prahlereien satt. Es fühlt instinktiv die Gefahren, die es umgeben, und den Zusammenbruch, den es erwartet. Es will, daß seine Führer handeln, dann es gilt, die eventuellen Gefahr zu befechten. Weiter heißt es: „Wenn wir nicht versuchen, den Witzel, der uns einengt, mit Gewalt zu durchbrechen, so ist das der ruin Frankreichs, sowohl der finanzielle Ruin, da wir am Ende unserer Kräfte stehen und seit 4 Jahren jährlich 20 Milliarden Zulage leisten müssen, wie auch der moralische Ruin.“ Daran knüpft das Blatt ein paar sehr scharfe Bemerkungen gegen England, das in der Türkensfrage nicht um Erlaubnis gebeten habe, sich auf die Punkte, die ihm nützlich erschienen, zu beziehen, und daß es auch Frankreich nicht verargen könne, einen Schritt in das deutsche Industriegebiet zu unternehmen.

„Poincarés Politik — eine europäische Gefahr!“

II. Aus dem Hinterland, 14. Dezember. Die liberale „Indépendance Belge“ ist der Ansicht, daß die deutschen Vorschläge das einzige praktische Ergebnis von London darstellen. Auch die katholische „Libre Belgique“ findet diese Vorschläge sehr wichtig. In einigen Zeitungen wird die Meinung ausgesprochen, die Politik Poincarés sei eine Gefahr nicht nur für Deutschland, sondern auch für ganz Europa und für Belgien.

### Ministerrat in Paris.

II. Paris, 14. Dezember. Gestern fand hier ein Ministerrat statt, über den folgende amtliche Mitteilung ausgegeben wurde: Herr Poincaré unterrichtete seine Kollegen über die Verhandlungen in Lausanne und die Unterhaltung, die in London begonnen hat und am 2. Januar in Paris fortgesetzt werden soll. Danach wurden die laufenden Geschäfte erledigt.

Die englische Presse mit der französischen zufrieden.

II. London, 14. Dez. (Drahtbericht.) Die bürgerlichen Abendblätter sprechen ihre Befriedigung über den Ton aus, in dem die französische Presse die Besprechungen in der Downingstreet und ihren Abdruck kommentiert. Die englischen Blätter begrüßen die in den Kommentaren zum Ausdruck gelangende herzhafte Haltung Frankreichs zu England. Zu gleicher Zeit jedoch geben die Blätter aller politischen Schattierungen der „Futura“ Ausdruck, in Frankreich könne man die Haltung Englands wegen seiner Gemeinschaft gegen die vorgeschlagene Ruhrbesetzung missverstehen. Man weiß daraus hin, daß Bonar Law in unmissverständlicher Weise gelagt habe, die vorgeschlagene Maßnahme, die die endgültige Lösgung des nematischen Reparationsproblems aufstellen könnte, widerstreite seinem Vorschlag, daß er aber auch und dies hält, „Daily Telegraph“ für seine bedeutsamste Anerkennung, beabsichtige, die Frage der Ruhrbesetzung von neuem zu erörtern. Der „Manchester Guardian“ stellt fest, weit davon entfernt, die Reparationsfrage zu lösen, seien die Vorschläge Poincarés geeignet, jede Lösung zu verhindern. Frankreich verlange Schadensverminderung und freie Hand an der Ruhr. Beides könne es nicht gleichzeitig bekommen. Wenn aber andererseits Poincaré mit Bonar Law darüber einigt werden könnte, von Deutschland eine begrenzte Summe zu fordern, so könnte Frankreich auf einen teilweisen Schadensersatz durch England rechnen. Bonar Law warslug genug, diese Alternative der Welt klar vor Augen zu führen.

Minister und beglückwünscht Narutowicz.

II. Paris, 13. Dez. Der Präsident der Republik sandte dem neugewählten polnischen Staatsherrn ein Begrüßungstelegramm mit den herzlichen Glückwünschen und an seinen Vorgänger Piłsudski ein solches mit der Versicherung unveränderbarer Freundschaft.

### New-Yorker Marktkurs vom 13. Dez.

Kurs der Reichsmark bei Börsenschluß 001,25, am 12. 12. = 001,20  
Höchster Kurs . . . . . 001,26, am 12. 12. = 001,22  
Niedrigster Kurs . . . . . 001,24, am 12. 12. = 001,19  
Dies entspricht einem Dollarwert in Deutschland von  
**8000.00 Mark**  
am 12. 12. = 8333,33 Mk.

### Italien und der Londoner Abbruch.

II. Mailand, 13. Dez. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die italienische Presse führt den Mißerfolg der Londoner Verhandlungen übereinstimmend auf die Unentschlossenheit Bonar Laws zurück. Alle Bemühungen Mussolinis, eine Vereinigung der Beratungen zu verhindern, seien vergeblich gewesen, weil sowohl Bonar Law als auch Poincarés Zeit gewünscht wollten. Da beide Verbündete eine solche Gelegenheit zur Einigkeit nicht vorübergehen lassen wollten, sei es ratsam, die Vorschläge Mussolinis anzunehmen. Die Presse stimmt dem Ministerpräsidenten allgemein bei, daß der neue französische Vorschlag, ob Mussolini nicht schließlich doch noch in der Belebungspolitik Geständnisse machen wolle, in ablehnendem Sinne beantwortet wird. Die „Corriere della Sera“ betont heute, daß die Haltung Mussolinis in London genau den bisher verfaßten außenpolitischen und finanziellen Interessen Italiens entspräche.

Mussolinis Plan.

II. Rom, 14. Dezember. (Drahtbericht.) Der „Mondo“ erfährt über Mussolinis Plan: England verzichtet auf seine Kredite zu Gunsten Frankreichs und Italiens. Frankreich und Italien verzichten ihrerseits auf die Kredite gegenüber der Tschechoslowakei, Südtirolen und Polen. Die englische Schulden gegenüber Amerika bleibt bestehen, bis Amerika Erklärungen abgibt. Der eventuelle Schuldenverzicht Amerikas gegenüber England wird von der deutschen Reparationsabteilung abgelehnt. Sobald die Alliierten prinzipiell einig werden, sowohl mit Amerika als auch mit Deutschland, sollen gemeinsame Verhandlungen eingeleitet werden. „Messaggero“ bestätigt, daß Mussolini den Franzosen höchste wirtschaftliche, aber keine territorialen Garantien zugestanden habe.

### Kabinettssitzung in Rom.

II. Rom, 13. Dez. (Drahtbericht.) Am Sonntag wird das Kabinett zusammentreten, um die allgemeine internationale Lage und die von Mussolini in Lausanne und London erhobenen Forderungen zu erörtern.

### Sondersitzung des Reichstags.

II. Berlin, 13. Dez. Im großen Sitzungssaal des Reichstags fand heute vormitag eine Besprechung der Reichstagsabgeordneten mit den Vertretern der Kommunalverbände über die Steuerreform statt. Die einzelnen Faktionen des Reichstags waren nur schwach vertreten, da zu gleicher Zeit zahlreiche Ausschüsse tagten.

Reichstagspräsident Lübeck eröffnete die Besprechung um 10 Uhr. Der Bericht über den Deutschen Städtetag erklärte Oberbürgermeister Dr. Blücher-Dresden. Er dankte dem Reichstag für diese erste Gelegenheit, die den Gemeinden gewährt werde, direkt mit den Vertretern zu sprechen. Er behandelte dann die Finanznot der deutschen Gemeinden. Dann sprach Bürgermeister Schmidt-München, der sich den Ausführungen des Vorredners anschloß. Er betonte die Notlage der Gemeinden im Süden, die noch schlimmer duran seien als die im Norden, zumal sie teure Kohlen beziehen müßten und ihre Einnahmen stärker beschränkt seien. Für den Reichsstädtebund sprach Bürgermeister Delius-Grenzburg. Er betonte, das Landesteuergebot könne den Zusammenbruch der Gemeinden nicht verhindern. Vor den Gemeinden nicht das Ausfallsrecht für die Einkommensteuer aufzuhalten hätten, sei es unmöglich für sie, ihre Finanzen in Ordnung zu bringen. Landrat Dr. Klauener-Naumburg sprach als Vertreter des Deutschen Landwirtschaftsverbandes. Er führte aus, daß es überflüssig sei, soziale Fürsorge und Wohlfahrtsgelehr zu machen, wenn die Errichtung eines Maerzel an Mitteln nicht möglich sei. Es sei unbedingt erforderlich, den Gemeinden neue Mitteln zu bewilligen, zumal in immer steigendem Maße immer neue Aufgaben an die Gemeinden heran treten. Bürgermeister Menges-Gernsbach (Baden) betonte, als Vertreter des Deutschen Landwirtschaftsverbandes, daß die Landgemeinden durch die Steuerverteilung für die Industriebetriebe besonders benachteiligt seien.

Keine Reichsdebatte über die deutschen Vorschläge vor Weihnachten.

II. Berlin, 13. Dez. Es ist nicht anzunehmen, daß die deutschen Vorschläge für die Londoner Konferenz und für die bevorstehende Pariser Konferenz noch vor den Weihnachtsferien des Reichstags in der Form einer politischen Debatte zur Sprache gebracht werden. Es wird wohl bei einer Berichterstattung und bei einer Erörterung im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags zur gegebenen Zeit sein Besuch in die Weihnachtsferien gehen.

### Der Reichshaushalt 1922.

II. Berlin, 14. Dez. Im ersten Halbjahr des laufenden Geschäftsjahrs ergibt sich für den deutschen Reichshaushalt eine Gesamtsumme an Einnahmen von 240 871 295 000 M., der eine Gesamttausgabe von 422 584 332 000 M. gegenübersteht.

Ehrhardt.

WTB. Leipzig, 13. Dez. Wie wir hören, ist die Untersuchung gegen den Korventräger a. D. Ehrhardt wegen Mittäterschaft bei dem Kapp-Putsch jetzt eröffnet worden. Untersuchungsrichter St. Dr. Meh, die Verteidigung hat Rechtsanwalt Dr. Lüttgebrunn in Göttingen übernommen.

### Oesterreich.

a. Wien, 13. Dez. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Das „Wiener Abendblatt“ meldet, daß die österreichische und französische Regierung auf die Ernennung Dr. Zimmerman's zum Generalfinanzminister für Oesterreich Einpruch erhoben haben. Am maßgebendsten Stelle wurde unserem Korrespondenten auf das nachdrücklich versichert, daß diese Nachricht nicht der Tatjache entspricht, da die Ernennung von Dr. Zimmerman zum Oberfinanzminister im engsten Einvernehmen mit allen Teilnehmern der Genfer Protokolle erfolgt ist.

a. Wien, 13. Dez. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die Regierung hat im Nationalrat eine Gelegetsvorlage über die Verlängerung des Salutenumstauschvertrages eingebracht, das sonst am 30. Dezember läuft. In Abänderung der bisherigen Bestimmungen wird künftig der Tausch von Devisen gegen Salutaten der gleichen Währung nicht mehr der Besteuerung unterliegen, wenn kein Geldumsatz stattfindet oder eine Vergütung erhoben wird, die einen durch Verordnung festzulegenden Höchstbetrag nicht übersteigt.

a. Wien, 13. Dez. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die Gemeinde Wien weist in ihrem neuen Voransch

## Förderung des Wohnungsbauens in Baden.

Die Zwischenpause zwischen der gestrigen Vormittagsitzung und der Abendstundung wurde durch Ausschusssitzungen ausgefüllt und zwar waren der Haushaltsausschuss und der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung von 1/2 Uhr an zu Tagungen beisammen. Kurz nach 6 Uhr fuhr dann das Plenum in der Erledigung der vormittägigen Tagesordnung fort. Der Gesetzentwurf über die Regelung des Staatshaushaltes für die Jahre 1922 und 1923 wurde in der Regierungssitzung ohne Wortmeldung gegen eine Stimme abgenommen. Dann schritt das Haus zur Beratung der Administrativkredite. Hier handelt es sich im ganzen um 17 Posten.

Wir nennen davon 8 Millionen Mark als Darlehen an den Kreis Karlsruhe zur Verhüllung des Konturdes der Badischen Lokalbahnen-Aktiengesellschaft und zur Vollendung der dringendsten Instandsetzungsarbeiten, 156 Millionen Mark als Vorschüsse an die römisch-katholische und die evangelische Kirche, 50 Millionen als Darlehen an den Verein Südwestdeutscher Zeitungsverleger, Bürgschaft bei der Badischen Bank für die an die landwirtschaftlichen Verbände zum Auslaufen von Düngemitteln, Saatgut und Lebensmitteln gewährten Kredite von 300 Millionen Mark und bei der Reichsbank für die an 30 badische Gemeinden zur Anlegung von Lebensmittelreserven gewährten Kredite im Betrage von 200 Millionen Mark, weiter 1 Million Mark als außerordentlichen Staatszuschuß an die Landwirtschaftskammer, 4 Millionen Mark als Vorschuß auf die Umlage der Landwirtschaftskammer, 15 Millionen Mark als Vorschüsse an die Kreise zur Verbesserung ihrer Finanzverhältnisse, 100 000 Mark zur Fortführung neuer Volksschulgebäude, 7,5 Millionen Mark zur Fortführung des Gymnasiumsneubaus in Lahr, 8 Millionen Mark zur Weiterführung des Neubaues der Anatomie in Freiburg, 2 Millionen Mark als Zuschuß zur Weiterführung des Neubaues der orthopädischen Anstalt in Heidelberg, 1 Millionen Mark als Zuschuß für die Luisen-Anstalt für frische Kinder in Heidelberg, 300 Millionen Mark als Vorschuß zur Gewährung von Bauvorleihen aus Mitteln der Wohnungsbauabgabe; die Gesamtsumme beträgt 1 053 975 000 Mark. Der Landtag genehmigte die Kredite; gegen die Posten für die Kirchen und die Badische Landwirtschaftskammer stimmten die Sozialdemokraten und Kommunisten, während die übrigen Summen einstimmig bewilligt wurden.

Nachträglich hielt der Landtag das am 26. Oktober I. S. erlassene Abgelese über die 5. Änderung des Befolzungsgesetzes gut und stimmte hierauf die Änderung des Gesetzes über die Zwangsvollstreckung wegen öffentlich-rechtlicher Geldforderungen vom 12. April 1899 in der Fassung der Regierungsvorlage zu. Danach darf die Bezügliches Gebühr oder Mahngebühr 2 vom Hundert des ansteckenden Betrages, außergerdet auf wölf 10 Mark, nicht übersteigen; sie beträgt jedoch mindestens 20 Mark.

Der durch das Gesetz vom 20. Juni 1922 bewilligte Kredit zur Förderung des Wohnungsbauens ist durch die Gewährung von Bauvorleihen bis auf einen kleinen Rest aufgebraucht. Ferner sind insbesondere der Geldentwertung und durch die hierauf zurückzuführende gewaltige Steigerung der Bauleisten die bauenden Gemeinden und Genossenschaften in große finanzielle Bedrängnis geraten, sodass sie die bereits begonnenen Bauten mit den vorgegebenen Mitteln nicht mehr fertigstellen können, wie wir im Laufe der letzten Wochen und Monate sehr häufig mittellos mußten. Die Regierung schlug nun dem Landtag in dem Entwurf eines Gesetzes über die zweite Änderung des Gesetzes vom 6. Oktober 1921 über die Deckung des außerordentlichen Staatsbedarfs für die Förderung des Wohnungsbauens die Aufnahme eines Gesamtanlehns von einer Milliarde vor. Nach der Erklärung des deutsch-nationalen Abgeordneten D. Mayer-Karlsruhe, seine Fraktion werde sich der Stimme enthalten, wurde der Entwurf angenommen; 6 Abgeordnete, darunter auch einige vom Landtag, enthielten sich der Abstimmung. Hier brach der Präsident ab. Heute vormittag um 10 Uhr werden die Verhandlungen fortgesetzt; vorher hat der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung eine Sitzung.

### Vermächtes.

Mein armer Onkel. Man kann nach allen möglichen Gesichtspunkten die Menschen in zwei Klassen teilen: jedenfalls aber auch nach dem ihrer Beziehung zum Wirtschaftsleben. Und da läuft sich unterscheiden zwischen Opfern und Nutzniefern der Inflation. Die Opfer haben Papier- und Inflationsgeld, dessen Wert immer kleiner wird, die Nutzniefer Sachsen, dessen Wert steigt. Zwischen diesen beiden Gruppen nun pendeln Existenzien, die sowohl nutzniefern wie geopfert werden.

Vorgestern beispielsweise war mein Onkel bei mir. Als dieser Mann sich vor zehn Jahren zur Ruhe setzte, galt er mir als Musterbeispiel eines, für den ausgesorgt ist. Es war aber nicht ausgesorgt für ihn. Die Geldentwertung verbrauchte keinen Wohlstand.

Wie sprachen über diese Geldentwertung. Ich war darauf gesetzt, meinen Onkel schlich wünschen zu hören, das wieder bessere Tage lämen.

Mein Onkel wünschte das auch, aber dann fragte er doch — und es lag ein wenig Schlichtheit in seiner Stimme: „Du, sag mal, was denkt du vom Dollar?“

„Ich dachte die Schultern.“

„Wird er noch steigen?“

Ich habe bei so etwas ein feines Gehör und merkte: das heißt: höchstens steigt er!“

Rein Onkel sch mit an, daß ich etwas gerochen hatte und lärmte auf: „Otto“ — das war sein amerikanischer Bruder — „hat mir nämlich 10 Dollar geschickt.“

Um dieser 10 Dollar willen also wünschte mein Onkel den Fortgang des Währungszusammenbruchs! Ich hielt ihm das vor.

„Uns Himmelwillen!“ rief er aus. „Ich bin zum armen Mann über dem Zusammenbruch geworden und wünsche nichts weniger. Aber nur: weil ich doch mit jedem Pfennig rechnen muß, lämme es mich natürlich nicht umzulegen, wenn ich — wenn ich noch mehr für meine Dollar bekommen könnte, als ich heute kriege.“

Und kurz und gut: Etwas von mir: nem Onkel ist schließlich in uns allen. Wir meinen das nicht böse und sind die Leichten, die für der Markbesserung entgegenstehen! Denn wir sind die Leichten, die nicht unter dem Margarinepreis sitzen! Aber gelt: wenn wir 4 Uhr 45 Minuten unsern einen Dollar zum höheren Kurs verkaufen können. Den einen Dollar, den wir in irgendwelcher Gestalt

### Erstellung von neuen Wohnräumen.

— Da die Steigerung der Baukosten die Errichtung von Neubauten immer schwieriger werden lässt, soll die Errichtung von neuen Räumen gefördert werden. Das Arbeitsministerium hat deshalb angeordnet, daß ein Erlass vom 28. Februar 1921, der sich nicht auf Stockwerksbauten und Ausbauten bezog, jetzt auch auf die durch Um- oder Einbauten neugeschaffenen Räume Anwendung findet. Solche Räume unterliegen demnach nicht den Wohnungsmittelvorschriften, können also insbesondere nicht von den Wohnungsmittlern beschlagnahmt werden. Sie sind auch von den Bestimmungen des Reichsmietvertrages ausgenommen. Unter den durch Um- oder Einbauten neugeschaffenen Räumen sind vor allem solche zu verstehen, die durch Ausbau eines Dachgeschosses, durch Ausbau von gewerblichen Räumen zu Wohnungen und durch das Aufsetzen eines neuen Stadtweltes gewonnen werden.

Mannheim, 13. Dez. Feuer. In der Motorenfabrik A.-G. vormalss Benz ist heute Vormittag um 7 Uhr ein Holzschuppen niedergebrannt. Da sich in dem Holzschuppen Möbelholz befinden, ist der Schaden, der in die Millionen geht, sehr groß. Berufs- und Fabriksfeuerwehr konnten nach einstündiger Arbeit das Feuer auf seinen Herd beschränken.

Baden-Baden, 12. Dez. Selbstmord. Im Sandkunst wurde von einem Forstwart die Leiche eines hier zum Kurrauslauf weilenden Holländers aufgefunden, der sich erschossen hatte. Der Grund zu dem Selbstmord dürfte ein nervöses Leben sein.

Zell a. S., 12. Dez. Errichtung. Der 55 Jahre alte Küfer Georg Pfeiffer wurde in der Nähe der Papierfabrik im Haigerbach tot aufgefunden. Vermutlich ist er auf dem Heimweg vom Haigerbach abgekommen und in den Bach gestürzt.

Börrstadt, 12. Dez. Brotinfekt aus der Schweiz. Aufgrund der Beschwerden der hiesigen Bevölkerung hat die Zollbehörde verfügt, daß die Brotinfekt aus der Schweiz im kleinen Grenzverkehr wieder ungehindert und zollfrei vor sich gehen kann.

### Kunst der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 14. Dezember 1922.

#### Eine 44proz. Aufbesserung der Beamtengehälter.

Gestern nachmittag fanden im Reichsfinanzministerium mit den zuständigen Verbänden der Beamten und Angestellten Verhandlungen über die Angleichung der Dezemberbezüge an den Stand der Leistung statt. Es wurde eine Einigung auf der Grundlage erzielt, daß eine Erhöhung der durchschnittlichen Dezemberbezüge gegenüber den durchschnittlichen Novemberbezügen um etwa 44 Prozent eintrete. Das Reichsfinanzministerium wird voraussichtlich heute über die Regelung Beschluss fassen. Die Auszahlung der erhöhten Bezüge soll möglichst noch vor Weihnachten erfolgen.

# Großer Verkauf im Kleinen Festhalleaal. Das waren drei erfolgreiche Tage dieser in aufopfernder Tätigkeit von den Damen des Hausfrauenbundes und der anderen Karlsruher Frauenorganisationen in musterhafter Anordnung eingerichteten Veranstaltung. Es war kein sonst üblicher Bazar, sondern ein Verkauf selbst hergestellter Arbeiten, oder entbehrlicher Gegenstände aus dem Haushalte und zwar so, daß die Besucherinnen den Erlös dafür erhalten und sich damit eine Weihnachtsgeschenke gönnen können. Wegen der Vorbereitung, des Sammelns und Ordens waren vorausgegangen und auch zum Verkauf hatten sich noch viele hilfsbereite Damen, die sich der Winterhilfe widmen wollten, eingefunden. Welch überraschend wunderbaren Ankunft bot dann auch der „Kleine Festhalleaal“, mit all den reichgesäumten Tischen, all dem mahnhaftig zum Verkauf ausgestellten Geschäft, das zwischen auch die von edlen Spenden gesellten Sachen. Es waren von den einfachsten bis zu den wertvollsten, oft wahre Prachtstücke, und wie der entzückende Puppen, die Freude der Kinder. Und vom ersten Tage, am Vormittag, wo durch die Stadtverwaltung feierliche Eröffnung stattfand, bewährte sich die Anziehungskraft der so zeitgemäßen Veranstaltung. Wahrlich! auf solchen Zuhörung war man gar nicht vorbereitet und der Verkauf schen an ersten Tag ein außerordentlich reger und erfreulicher. — Es war aber auch rührend, wie die vielen Damen und jungen Mädchen sich in selbstloser Weise vom Tage des Aufbaus an, bis zum Schlusse für die edle Sache aufgeopfert haben. Man hofft also, daß nach Auszahlung des Erlöses für die eingelieferten Sachen und nach Abzug der Unkosten, ein recht

annehmlicher Geldbetrag der „Winterhilfe“ übergeben werden kann. Eine große Anziehung übt auch das vom Hausfrauenbund geleistete Café mit musikalischen Darbietungen aus. Die Ausübenden, die sie sich in selbstloser Weise dem schönen Zweck zur Verfügung gestellt hatten, genossen den verdienten trocknen Beifall. Beim Vortrage im Klavier zeichneten sich hauptsächlich Fräulein Katharina Sarz, eine Schülerin von Fräulein Kahn, dann Frau Böhmann und deren Tochter, eine Schülerin von Herrn Dr. Brüdner aus, ganz vorzügliches auf der Violine leistete Fräulein Heinrich, seiner Fräulein Knab, Euge und Schäfer, die 3 Schülerinnen von Frau Kratt. Ferner ein Trio der Herren Lindner, Dr. Berger und Dollmann; ein zweites Trio der Herren Tröh, Otto Stöhrer, Hörner, und der gemischte Chor der Harmonie. (Siehe Anzeige).

Der Konzert-Dienstag findet heute, Donnerstag, abends 8 Uhr ein schönes Sonderkonzert der Künstlerkapelle Hunyadi statt. (Siehe Anzeige). Tagessanzeiger. Landestheater: „Die Jüdin von Toledo“ 7 Uhr. — Kolosseum: Vorstellung, 8 Uhr. — Schwatzwaldverein: Weihnachtskonzert in Chemnitz der Techn. Hochschule, 8 Uhr. — Casino: Odeonkonzert, 8 Uhr.

#### Klausur aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Genehmigte. 8. Dez.: Karl Meier, Kaufmann hier, mit Metzgerei Karlsruhe von hier; 11. Dez.: Karl Rohwag, Bäckermeister hier, mit Eisbäckerei Hartmann von hier; Michael Schadmüller, Konditor hier, mit Eisbäckerei Fischer von Heilbronn; Max Meyerholz, Kaufmann hier, mit Eisbäckerei Hofmann, geb. Metzgers, von hier; Wilhelm Müller, Kunstmaler hier, mit Verona Hoffmann von Bösel; Wilhelm Säger, Malchenarbeiter hier, mit Elisabeth Götschmann, geb. Holtz, von hier; Willi Öster, Kaufmann hier, mit Johanna Mayer von hier; Thomas Stumpf, Kaufmann hier, mit Johanna Gau von hier; Erich Schafer, Amtsrichter hier, mit Gerda Beck von hier. Tochterläde. 11. Dez.: Jutta Hartwig, geb. Schröder von Johann Hartwig, Schneider, 56 Jahre alt. 12. Dez.: Sophie Albrecht, Witwe von Albert Albrecht, 67 Jahre alt. Salome Wahl, Witwe von Paul Wahl, Weinhändler, 52 Jahre alt.

#### Winterhilfe Karlsruhe.

Bei der Geschäftsstelle der „Badischen Presse“, Ecke Dammstraße und Birkel, sind weitere Spenden für die „Winterhilfe Karlsruhe“ gezeichnet worden:

Reichsminister für Ein- und Ausfuhrbewilligung C. Lindemann, Basel, 887.20 M.; Personal der Fa. Gebr. Schurmann Nachl., Lebergraben Karlsruhe, 5000 M.; Ungenannt 200 M.; Ob. T. 25 M.; Stiftungsstiftung Odeon 1000 M.; Klasse 7, 1. der Töchterschule 1000 M.; R. N. 1000 M.; A. B. 500 M.; R. S. 500 M.; Dr. Alexander Geller 1000 M.; Professor G. 1000 M.; Ungenannt 500 M.; Tanzkunst der Kurt Groskopf 1300 M.; Buch 100 M.; Fa. Mondorf, Karlsruhe, 4000 M.; Hugo Drosdowski 3000 M.; Peter Zimmermann 200 M.; Ab. Engasser, Kaufmann, 150 M.; A. B. 100 M.; Klasse B, 7, 8 Südbadewerk I (Anabrandabteilung) 1200 M.; Werner sind durch Pöhlendorff & Co. bel. und eingezogen: M. Weißmann, Robprodukte, Karlsruhe, 1000 M.; Gustav Peters, Ingenieur, Beitrag für Dezember 5000 M.; A. S. Fürthwanger, Kaufmann, 2000 M.

Bei der Geschäftsstelle der „Badischen Presse“ gezeichnet 660 163.30 M.

Neu gezeichnet 121 662.20 M. plus 31 000 M. (durch Postkettenton) 152 662 M.

Gesamtsumme der bisher bei der Geschäftsstelle der „Badischen Presse“ gezeichneten Spenden 812 825.50 M.

**MERKER'S  
LÖWENKOPF  
Seifenpulver.**

Herrsteller: OILO MERKER, Seifenpulverfabrik, Membrum n. N.

studiert und so auch die gestrigste Vertreterin der Unas, Fräulein Anita Oberländer, musikalisch und schauspielerisch ganz mit seinen Interessen verbunden gemacht hatte. Sie lana hier die Partie zum erstenmal und wird sie erst am nächsten Freitag in Stuttgart verführen. Die noch sehr jugendliche Künstlerin verfügt über eine klante, leichtansprechende Sopransimme von sympathischem Klang; die gesuchte Ausnutzung der Resonanz verrät gute Schule. Erheinung, Gelang und Spiel geben ein gewinnendes Bild der rührenden Gestalt. Willy Billen ließ dem Ritter Heinrich die ganze Macht seiner erfreulichen Darstellungs Kunst und den warmen Ausdruck seines blühenden Tons. Vorzüglich sprach die Voix mixte an. Der Dietrich Max Büttner war wieder eine Meisterleistung. Die berühmte Erzählung klang herrlicher als je und riss zu rückhaltender Bewunderung hin. Ganz Einlichkeit war die von Riccardo Böhm, Böhm, geb. Fischer, aus der „Johannes-Passion“ von Brahms. Ein großes, planvolles Organ, das sich mühelos auch in exponierter Höhe bewegt, ist für die Schwierigkeiten Partie, wie es sich zeigt.

Die Aufführung stand überzeugt auf exzellenter Höhe, hörte großer Applaus und prahlende Stimmunakrat. Die Spielleitung hatte Intendant Robert Volzner, der das ganze Werk zu wundervoller Empfindung empfand, der sich niemand entziehen konnte. Der Eindringlichkeit der Musik war auf der Bühne eben jeder Zug geeignet. Tiefgründig, gefühlvoll war die musikalische Interpretation des Operndirektors Erik Coriolanus, der von dem glänzend spielernden Orchester unterstützt, die schöne Partitur in ihrem ganzen Zauber erstrahlen ließ.

Die sichergriffige Zuhörerschaft rief am Schlusse die Darsteller, den Intendanten und den Operndirektor immer wieder an die Kante!

\* \* \*

X. Landestheater. Grillvorzets „Jüdin von Toledo“ gelang am Donnerstag, den 14. Dezember (Wonnelement, 9 Th. Gem. B. B. B. Nr. 1501—1800) zur ersten Wiederholung. — Am Samstag, den 16. Dezember, findet die erste Aufführung des diesjährigen Weihnachtsmärchens „Christians Magenbuch“ statt, das Ulrich von der Trenck, den geschöpften Darsteller unserer Bühne, zum Verfasser hat. Das Werk wird am Sonntag, den 17. Dezember, nachmittags, zum erstenmal wiederholt. — Im Konzerthaus geht am gleichen Tage der unverwüstliche Schwan. „Der lustige Edemann“ von Franz Arnold und Ernst Bach zum achten Mal in Szene. — Als nächste Aufführung dieser Spielzeit geht im Konzerthaus die Komödie „Scampolo“ von Dario Nicodemi am zweiten Weihnachtstage, Dienstag, den 26. Dezember, in Szene.

Ivo Puhonny

**BATSCHARI** bringt  
handgemachte CIGARETTEN  
in höchster Vollendung.



In das Genossenschaftsregister Band I, O.-B. 19 ist zum Lebensbedürfnisverein Karlsruhe, e. G. m. b. H. in Karlsruhe eingetragen. In der Generalversammlung vom 3. Oktober 1922 wurden §§ 3, 4 und 5 der Sonderung geändert. Daraufhin insbesondere die Haftsumme auf 2000,- erhöht. Karlsruhe, den 6. Dezember 1922. 16587 Bad. Amtsgericht B. 2.

In das Genossenschaftsregister Band I, O.-B. 69 ist zur Einheitsgenossenschaft der freien Wirtschaft, e. G. m. b. H. in Karlsruhe eingetragen. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 17. August 1922 ist die höchste Zahl der Geschäftsscheine auf 40 erhöht und § 24 der Satzungen geändert worden. Karlsruhe, den 6. Dezember 1922. 16588 Bad. Amtsgericht B. 2.

In das Handelsregister B. Band VII, O.-B. 74 ist eingetragen: Firma und Sohn Heinrich Baer & Söhne, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Gegegenstand des Unternehmens: Die Herstellung und der Vertrieb von Drännsteinen jeder Art. Die Gesellschaft darf sich an anderen Unternehmungen beteiligen, sie erwerben und sie vertreten. Stammkapital: 1000 000,- M. Gesellschafter: Albert Baer, Kaufmann, Karlsruhe. Der Gesellschafter Albert Baer, Kaufmann, Karlsruhe ist ebenso zur Vertretung der Gesellschaft befähigt. Im übrigen wird die Gesellschaft durch zwei Gesellschafter oder durch einen Gesellschafter zusammen mit einem Prokuristen vertreten. Der Gesellschafter Albert Baer, Kaufmann in Karlsruhe bringt auf Rechnung seiner Stammcapitale das von ihm unter der Firma Heinrich Baer & Söhne in Karlsruhe geleistete Geschäft mit der Firma mit Vermögensstücken, ohne Grundstücke und Schreinen am 30. November 1922 eröffnet. Das Geschäft ist seit 1. Januar 1922 für Rechnung der Gesellschaft aufgestellt. Es werden eingehandelt: Paracelsus, Rossmann und Sonnenblume, Einrichtungsgegenstände, Warenwaren und Geschäftsankeiten im Werte von 2746 481,- M. 36,- ab Verbindlichkeiten: 1786 429,- M. 30,- M. Mindestwert: 905 052,- M. 30,- M. Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in der Karlsruher Zeitung. Die Geschäftsfirma Heinrich Baer & Söhne in Karlsruhe ist im Handelsregister A. Band VI, O.-B. 74 aufgeführt worden. Karlsruhe, den 7. Dezember 1922. 16589 Bad. Amtsgericht B. 2.

In das Handelsregister B. Band VII, O.-B. 75 ist eingetragen: Firma und Sohn Alfred Ottlinger, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Gegegenstand des Unternehmens: Ausführung von Holzartikeln, namentlich der Sessel in Säulen und Stühlen. Die Gesellschaft darf sich an anderen Unternehmungen beteiligen, sie erwerben und sie vertreten. Stammkapital: 1500 000,- M. Gesellschafter: Alfred Ottlinger, Kaufmann, Karlsruhe. Hugo Ettlinger, Kaufmann dagegen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 6. Dezember 1922 geschlossen. Mehrere Gesellschafter vertreten die Gesellschaft einzeln. Die Gesellschafter Alfred Ettlinger und Hugo Ettlinger, Karlsruhe bringen in Abrednung auf ihre Kosten Waren in die Gesellschaft ein, das von ihnen bis zu offenem Handelsgesellschaft mit Vermögensstücken (Sessel, Stühle etc.) und mit den Schreinen auf Grund des Bilanz am 1. Januar 1922 für Rechnung der neuen Gesellschaft geführt gilt. Dennoch werden eingehandelt: 1. Verkaufsstand: 92 737,05 M. 2. Waren: 942 411,- M. 3. Aufwendungen: 1 952 007,65 M. 4. Einrichtungsstücke: 56 000,- M. auf 3 043 156,70 M. Hieran ließen Verbindlichkeiten: 1 570 130,91 M. Die restlichen 1 745 025,79 M. werden je zur Hälfte mit 738 512,89 M. an den Gründern auf ihre Stammcapitale eingetragen. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in der Karlsruher Zeitung. Am Handelsregister A. Band III, O.-B. 367 wurde zur Firma Alfred Ottlinger, Karlsruhe eingetragen, die die Firma erloschen ist. Karlsruhe, den 8. Dezember 1922. 16586 Bad. Amtsgericht B. 2.

In das Handelsregister B. Band VII, O.-B. 76 ist eingetragen: Firma und Sohn Kosmonat Gschellat mit Sitz in Säulen, Karlsruhe. Gegegenstand des Unternehmens: Der Anfang des Fabrikations- und Betriebsrechts des selbst hergestellten Verarbeitungsapparates "kosmontal", dessen Herstellung und Betrieb. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Unternehmungen einzubringen, sie zu erwerben oder zu verkaufen. Stammkapital: 20 000,- M. Gesellschafter: Kaufmann Otto Bayer, Gesellschafter: Hugo Ettlinger, Karlsruhe. Der Gesellschaftsvertrag ist am 11. Dezember 1922 erichtet. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Karlsruhe, den 8. Dezember 1922. 16585 Bad. Amtsgericht B. 2.

In das Handelsregister B. Band II, O.-B. 49 ist zur Firma Sinner A.-G. Karlsruhe-Grünwinkel eingetragen: Nach dem bereits durchgefahrene Richtfest der außerordentlichen Generalversammlung vom 30. November 1922 ist das Grundkapital um 50 000 000,- M. auf 122 000 000,- M. erhöht worden und zwar durch Ausschüttung von 40 000 Stück neuen, auf den Antabern lautenden Stammaktien von je 1000,- M. und von 10 000,- M. Stück neuem, auf den Namen lautenden Prioritätsaktien zum Nennwert von je 1000,- M. letztere mit sogenannter summiertem Vorzugsabbindung und feststehen Stimmrecht. Die 40 000 000,- M. neuen Stammaktien sind zum Kurs von 150,- Prozent und die 10 000 000,- M. neuen Prioritätsaktien zum Kurs von 100,- Prozent ausgeschüttet. Durch diese Erhöhung und infolge Umwandlung der Aktien nach 88 4 und 17 des Status geändert worden. Die Erhöhung des Grundkapitals 122 000 000,- M. einschließlich der 112 000,- M. Stammaktien und je 1000,- M. auf den Antabern lautend in 10 000,- M. auf den Namen lautend mit feststehendem Stimmrecht. Karlsruhe, den 11. Dezember 1922. 16584 Bad. Amtsgericht B. 2.

In das Handelsregister B. Band II, O.-B. 49 ist zur Firma Sinner A.-G. Karlsruhe-Grünwinkel eingetragen: Nach dem bereits durchgefahrene Richtfest der außerordentlichen Generalversammlung vom 30. November 1922 ist das Grundkapital um 50 000 000,- M. auf 122 000 000,- M. erhöht worden und zwar durch Ausschüttung von 40 000 Stück neuen, auf den Antabern lautenden Stammaktien von je 1000,- M. und von 10 000,- M. Stück neuem, auf den Namen lautenden Prioritätsaktien zum Nennwert von je 1000,- M. letztere mit sogenannter summiertem Vorzugsabbindung und feststehen Stimmrecht. Die 40 000 000,- M. neuen Stammaktien sind zum Kurs von 150,- Prozent und die 10 000 000,- M. neuen Prioritätsaktien zum Kurs von 100,- Prozent ausgeschüttet. Durch diese Erhöhung und infolge Umwandlung der Aktien nach 88 4 und 17 des Status geändert worden. Die Erhöhung des Grundkapitals 122 000 000,- M. einschließlich der 112 000,- M. Stammaktien und je 1000,- M. auf den Antabern lautend in 10 000,- M. auf den Namen lautend mit feststehendem Stimmrecht. Karlsruhe, den 11. Dezember 1922. 16584 Bad. Amtsgericht B. 2.

In das Handelsregister B. Band II, O.-B. 49 ist zur Firma Sinner A.-G. Karlsruhe-Grünwinkel eingetragen: Nach dem bereits durchgefahrene Richtfest der außerordentlichen Generalversammlung vom 30. November 1922 ist das Grundkapital um 50 000 000,- M. auf 122 000 000,- M. erhöht worden und zwar durch Ausschüttung von 40 000 Stück neuen, auf den Antabern lautenden Stammaktien von je 1000,- M. und von 10 000,- M. Stück neuem, auf den Namen lautenden Prioritätsaktien zum Nennwert von je 1000,- M. letztere mit sogenannter summiertem Vorzugsabbindung und feststehen Stimmrecht. Die 40 000 000,- M. neuen Stammaktien sind zum Kurs von 150,- Prozent und die 10 000 000,- M. neuen Prioritätsaktien zum Kurs von 100,- Prozent ausgeschüttet. Durch diese Erhöhung und infolge Umwandlung der Aktien nach 88 4 und 17 des Status geändert worden. Die Erhöhung des Grundkapitals 122 000 000,- M. einschließlich der 112 000,- M. Stammaktien und je 1000,- M. auf den Antabern lautend in 10 000,- M. auf den Namen lautend mit feststehendem Stimmrecht. Karlsruhe, den 11. Dezember 1922. 16584 Bad. Amtsgericht B. 2.

In das Handelsregister B. Band II, O.-B. 49 ist zur Firma Sinner A.-G. Karlsruhe-Grünwinkel eingetragen: Nach dem bereits durchgefahrene Richtfest der außerordentlichen Generalversammlung vom 30. November 1922 ist das Grundkapital um 50 000 000,- M. auf 122 000 000,- M. erhöht worden und zwar durch Ausschüttung von 40 000 Stück neuen, auf den Antabern lautenden Stammaktien von je 1000,- M. und von 10 000,- M. Stück neuem, auf den Namen lautenden Prioritätsaktien zum Nennwert von je 1000,- M. letztere mit sogenannter summiertem Vorzugsabbindung und feststehen Stimmrecht. Die 40 000 000,- M. neuen Stammaktien sind zum Kurs von 150,- Prozent und die 10 000 000,- M. neuen Prioritätsaktien zum Kurs von 100,- Prozent ausgeschüttet. Durch diese Erhöhung und infolge Umwandlung der Aktien nach 88 4 und 17 des Status geändert worden. Die Erhöhung des Grundkapitals 122 000 000,- M. einschließlich der 112 000,- M. Stammaktien und je 1000,- M. auf den Antabern lautend in 10 000,- M. auf den Namen lautend mit feststehendem Stimmrecht. Karlsruhe, den 11. Dezember 1922. 16584 Bad. Amtsgericht B. 2.

In das Handelsregister B. Band II, O.-B. 49 ist zur Firma Sinner A.-G. Karlsruhe-Grünwinkel eingetragen: Nach dem bereits durchgefahrene Richtfest der außerordentlichen Generalversammlung vom 30. November 1922 ist das Grundkapital um 50 000 000,- M. auf 122 000 000,- M. erhöht worden und zwar durch Ausschüttung von 40 000 Stück neuen, auf den Antabern lautenden Stammaktien von je 1000,- M. und von 10 000,- M. Stück neuem, auf den Namen lautenden Prioritätsaktien zum Nennwert von je 1000,- M. letztere mit sogenannter summiertem Vorzugsabbindung und feststehen Stimmrecht. Die 40 000 000,- M. neuen Stammaktien sind zum Kurs von 150,- Prozent und die 10 000 000,- M. neuen Prioritätsaktien zum Kurs von 100,- Prozent ausgeschüttet. Durch diese Erhöhung und infolge Umwandlung der Aktien nach 88 4 und 17 des Status geändert worden. Die Erhöhung des Grundkapitals 122 000 000,- M. einschließlich der 112 000,- M. Stammaktien und je 1000,- M. auf den Antabern lautend in 10 000,- M. auf den Namen lautend mit feststehendem Stimmrecht. Karlsruhe, den 11. Dezember 1922. 16584 Bad. Amtsgericht B. 2.

In das Handelsregister B. Band II, O.-B. 49 ist zur Firma Sinner A.-G. Karlsruhe-Grünwinkel eingetragen: Nach dem bereits durchgefahrene Richtfest der außerordentlichen Generalversammlung vom 30. November 1922 ist das Grundkapital um 50 000 000,- M. auf 122 000 000,- M. erhöht worden und zwar durch Ausschüttung von 40 000 Stück neuen, auf den Antabern lautenden Stammaktien von je 1000,- M. und von 10 000,- M. Stück neuem, auf den Namen lautenden Prioritätsaktien zum Nennwert von je 1000,- M. letztere mit sogenannter summiertem Vorzugsabbindung und feststehen Stimmrecht. Die 40 000 000,- M. neuen Stammaktien sind zum Kurs von 150,- Prozent und die 10 000 000,- M. neuen Prioritätsaktien zum Kurs von 100,- Prozent ausgeschüttet. Durch diese Erhöhung und infolge Umwandlung der Aktien nach 88 4 und 17 des Status geändert worden. Die Erhöhung des Grundkapitals 122 000 000,- M. einschließlich der 112 000,- M. Stammaktien und je 1000,- M. auf den Antabern lautend in 10 000,- M. auf den Namen lautend mit feststehendem Stimmrecht. Karlsruhe, den 11. Dezember 1922. 16584 Bad. Amtsgericht B. 2.

In das Handelsregister B. Band II, O.-B. 49 ist zur Firma Sinner A.-G. Karlsruhe-Grünwinkel eingetragen: Nach dem bereits durchgefahrene Richtfest der außerordentlichen Generalversammlung vom 30. November 1922 ist das Grundkapital um 50 000 000,- M. auf 122 000 000,- M. erhöht worden und zwar durch Ausschüttung von 40 000 Stück neuen, auf den Antabern lautenden Stammaktien von je 1000,- M. und von 10 000,- M. Stück neuem, auf den Namen lautenden Prioritätsaktien zum Nennwert von je 1000,- M. letztere mit sogenannter summiertem Vorzugsabbindung und feststehen Stimmrecht. Die 40 000 000,- M. neuen Stammaktien sind zum Kurs von 150,- Prozent und die 10 000 000,- M. neuen Prioritätsaktien zum Kurs von 100,- Prozent ausgeschüttet. Durch diese Erhöhung und infolge Umwandlung der Aktien nach 88 4 und 17 des Status geändert worden. Die Erhöhung des Grundkapitals 122 000 000,- M. einschließlich der 112 000,- M. Stammaktien und je 1000,- M. auf den Antabern lautend in 10 000,- M. auf den Namen lautend mit feststehendem Stimmrecht. Karlsruhe, den 11. Dezember 1922. 16584 Bad. Amtsgericht B. 2.

In das Handelsregister B. Band II, O.-B. 49 ist zur Firma Sinner A.-G. Karlsruhe-Grünwinkel eingetragen: Nach dem bereits durchgefahrene Richtfest der außerordentlichen Generalversammlung vom 30. November 1922 ist das Grundkapital um 50 000 000,- M. auf 122 000 000,- M. erhöht worden und zwar durch Ausschüttung von 40 000 Stück neuen, auf den Antabern lautenden Stammaktien von je 1000,- M. und von 10 000,- M. Stück neuem, auf den Namen lautenden Prioritätsaktien zum Nennwert von je 1000,- M. letztere mit sogenannter summiertem Vorzugsabbindung und feststehen Stimmrecht. Die 40 000 000,- M. neuen Stammaktien sind zum Kurs von 150,- Prozent und die 10 000 000,- M. neuen Prioritätsaktien zum Kurs von 100,- Prozent ausgeschüttet. Durch diese Erhöhung und infolge Umwandlung der Aktien nach 88 4 und 17 des Status geändert worden. Die Erhöhung des Grundkapitals 122 000 000,- M. einschließlich der 112 000,- M. Stammaktien und je 1000,- M. auf den Antabern lautend in 10 000,- M. auf den Namen lautend mit feststehendem Stimmrecht. Karlsruhe, den 11. Dezember 1922. 16584 Bad. Amtsgericht B. 2.

In das Handelsregister B. Band II, O.-B. 49 ist zur Firma Sinner A.-G. Karlsruhe-Grünwinkel eingetragen: Nach dem bereits durchgefahrene Richtfest der außerordentlichen Generalversammlung vom 30. November 1922 ist das Grundkapital um 50 000 000,- M. auf 122 000 000,- M. erhöht worden und zwar durch Ausschüttung von 40 000 Stück neuen, auf den Antabern lautenden Stammaktien von je 1000,- M. und von 10 000,- M. Stück neuem, auf den Namen lautenden Prioritätsaktien zum Nennwert von je 1000,- M. letztere mit sogenannter summiertem Vorzugsabbindung und feststehen Stimmrecht. Die 40 000 000,- M. neuen Stammaktien sind zum Kurs von 150,- Prozent und die 10 000 000,- M. neuen Prioritätsaktien zum Kurs von 100,- Prozent ausgeschüttet. Durch diese Erhöhung und infolge Umwandlung der Aktien nach 88 4 und 17 des Status geändert worden. Die Erhöhung des Grundkapitals 122 000 000,- M. einschließlich der 112 000,- M. Stammaktien und je 1000,- M. auf den Antabern lautend in 10 000,- M. auf den Namen lautend mit feststehendem Stimmrecht. Karlsruhe, den 11. Dezember 1922. 16584 Bad. Amtsgericht B. 2.

In das Handelsregister B. Band II, O.-B. 49 ist zur Firma Sinner A.-G. Karlsruhe-Grünwinkel eingetragen: Nach dem bereits durchgefahrene Richtfest der außerordentlichen Generalversammlung vom 30. November 1922 ist das Grundkapital um 50 000 000,- M. auf 122 000 000,- M. erhöht worden und zwar durch Ausschüttung von 40 000 Stück neuen, auf den Antabern lautenden Stammaktien von je 1000,- M. und von 10 000,- M. Stück neuem, auf den Namen lautenden Prioritätsaktien zum Nennwert von je 1000,- M. letztere mit sogenannter summiertem Vorzugsabbindung und feststehen Stimmrecht. Die 40 000 000,- M. neuen Stammaktien sind zum Kurs von 150,- Prozent und die 10 000 000,- M. neuen Prioritätsaktien zum Kurs von 100,- Prozent ausgeschüttet. Durch diese Erhöhung und infolge Umwandlung der Aktien nach 88 4 und 17 des Status geändert worden. Die Erhöhung des Grundkapitals 122 000 000,- M. einschließlich der 112 000,- M. Stammaktien und je 1000,- M. auf den Antabern lautend in 10 000,- M. auf den Namen lautend mit feststehendem Stimmrecht. Karlsruhe, den 11. Dezember 1922. 16584 Bad. Amtsgericht B. 2.

In das Handelsregister B. Band II, O.-B. 49 ist zur Firma Sinner A.-G. Karlsruhe-Grünwinkel eingetragen: Nach dem bereits durchgefahrene Richtfest der außerordentlichen Generalversammlung vom 30. November 1922 ist das Grundkapital um 50 000 000,- M. auf 122 000 000,- M. erhöht worden und zwar durch Ausschüttung von 40 000 Stück neuen, auf den Antabern lautenden Stammaktien von je 1000,- M. und von 10 000,- M. Stück neuem, auf den Namen lautenden Prioritätsaktien zum Nennwert von je 1000,- M. letztere mit sogenannter summiertem Vorzugsabbindung und feststehen Stimmrecht. Die 40 000 000,- M. neuen Stammaktien sind zum Kurs von 150,- Prozent und die 10 000 000,- M. neuen Prioritätsaktien zum Kurs von 100,- Prozent ausgeschüttet. Durch diese Erhöhung und infolge Umwandlung der Aktien nach 88 4 und 17 des Status geändert worden. Die Erhöhung des Grundkapitals 122 000 000,- M. einschließlich der 112 000,- M. Stammaktien und je 1000,- M. auf den Antabern lautend in 10 000,- M. auf den Namen lautend mit feststehendem Stimmrecht. Karlsruhe, den 11. Dezember 1922. 16584 Bad. Amtsgericht B. 2.

In das Handelsregister B. Band II, O.-B. 49 ist zur Firma Sinner A.-G. Karlsruhe-Grünwinkel eingetragen: Nach dem bereits durchgefahrene Richtfest der außerordentlichen Generalversammlung vom 30. November 1922 ist das Grundkapital um 50 000 000,- M. auf 122 000 000,- M. erhöht worden und zwar durch Ausschüttung von 40 000 Stück neuen, auf den Antabern lautenden Stammaktien von je 1000,- M. und von 10 000,- M. Stück neuem, auf den Namen lautenden Prioritätsaktien zum Nennwert von je 1000,- M. letztere mit sogenannter summiertem Vorzugsabbindung und feststehen Stimmrecht. Die 40 000 000,- M. neuen Stammaktien sind zum Kurs von 150,- Prozent und die 10 000 000,- M. neuen Prioritätsaktien zum Kurs von 100,- Prozent ausgeschüttet. Durch diese Erhöhung und infolge Umwandlung der Aktien nach 88 4 und 17 des Status geändert worden. Die Erhöhung des Grundkapitals 122 000 000,- M. einschließlich der 112 000,- M. Stammaktien und je 1000,- M. auf den Antabern lautend in 10 000,- M. auf den Namen lautend mit feststehendem Stimmrecht. Karlsruhe, den 11. Dezember 1922. 16584 Bad. Amtsgericht B. 2.

In das Handelsregister B. Band II, O.-B. 49 ist zur Firma Sinner A.-G. Karlsruhe-Grünwinkel eingetragen: Nach dem bereits durchgefahrene Richtfest der außerordentlichen Generalversammlung vom 30. November 1922 ist das Grundkapital um 50 000 000,- M. auf 122 000 000,- M. erhöht worden und zwar durch Ausschüttung von 40 000 Stück neuen, auf den Antabern lautenden Stammaktien von je 1000,- M. und von 10 000,- M. Stück neuem, auf den Namen lautenden Prioritätsaktien zum Nennwert von je 1000,- M. letztere mit sogenannter summiertem Vorzugsabbindung und feststehen Stimmrecht. Die 40 000 000,- M. neuen Stammaktien sind zum Kurs von 150,- Prozent und die 10 000 000,- M. neuen Prioritätsaktien zum Kurs von 100,- Prozent ausgeschüttet. Durch diese Erhöhung und infolge Umwandlung der Aktien nach 88 4 und 17 des Status geändert worden. Die Erhöhung des Grundkapitals 122 000 000,- M. einschließlich der 112 000,- M. Stammaktien und je 1000,- M. auf den Antabern lautend in 10 000,- M. auf den Namen lautend mit feststehendem Stimmrecht. Karlsruhe, den 11. Dezember 1922. 16584 Bad. Amtsgericht B. 2.

In das Handelsregister B. Band II, O.-B. 49 ist zur Firma